



Foto: Laurance Chaperon

BUNDESVORSTANDSSITZUNG AM 21. OKTOBER

CDU die Partei der harten, verlässlichen Währung

„Die Union wird am europäischen Stabilitätspakt als dem Kernstück einer soliden Finanzpolitik festhalten.“

Das war einhellige Meinung des Bundesvorstands, der sich auf seiner Sitzung am 21. Oktober im Konrad-Adenauer-Haus unter anderem mit der Ankündigung

der Schröder-Regierung befasste, dass die Drei-Prozent-Defizit-Grenze des Maastrichter Vertrags von Deutschland nicht einhalten werden könne.

Angela Merkel: „Die von Schröder betriebene Aushöhlung des Stabilitätspakts führt letztlich zu Inflation

Fortsetzung Seite 2

INHALT

ANGELA MERKEL:
Deutschland bleibt unter Rot-Grün „Bummelletztler“ in Europa. Herbstgutachten und Schröders Fehlstart

SEITE 3

GENERALSEKRETÄR
LAURENZ MEYER:

Aufwachen,
Herr Schröder!
Zu den neuen
Wirtschaftswachstums-
Prognosen

SEITE 3

■ Angela Merkel: Keine Abstriche von unseren Werten. Aus dem *Bayernkurier*-Interview vom 17. Oktober (Seite 4–5) ■ Annette Schavan: Politik muss den Wandel gestalten, ihm aber nicht nachlaufen (Seite 6–7) ■ Klaus Lippold: Stellenabbau bei Bombardier-Quittung für verfehlte Verkehrspolitik (Seite 8) ■ Peter Harry Carstensen und Helmut Heiderich: „Grüne Biotechnologie“ – auch für den Arbeitsmarkt wichtig (Seite 9) ■ Klaus Brähmig und Ernst Hinsken: Sicherheit wird zum Standortfaktor für Tourismus (Seite 10) ■ Hartmut Schauerte: Fehlende Gasmarktöffnung zeigt rot-grünes Versagen in der Energiepolitik (11) ■ Paul Kirchhof: Rot-Grün stellt Ehe, Familien- und Hausgemeinschaft infrage (Seite 14–17) ■ Warnschuss-Arrest kann Jugendliche rechtzeitig von der schiefen Bahn holen. Justizminister von CDU, CSU und FDP treffen sich in Heidelberg (Seite 18–19)

IMPRESSUM



Fortsetzung von Seite 1
und damit zurschleichenden Enteignung des kleinen Mannes.“

Jetzt könne jeder erkennen, dass Finanzminister Eichel vor dem 22. September die „grobe Unwahrheit“ gesagt habe, indem er immer wieder betonte, Deutschland werde die Defizit-Grenze nicht überschreiten. In Interviews, die der Minister inzwischen verbreite gebe er sogar zu: Er habe schon längere Zeit mit einem Überschreiten des Grenzwertes gerechnet, aber auf das Prinzip Hoffnung gesetzt.

Nach Landtagswahlen neue Steuererhöhungen zu erwarten

Angela Merkel wies darauf hin, dass die Menschen nach den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen im Februar 2003 mit zusätzlichen Steuererhöhungen rechnen müssten. Denn die Koalitionsvereinbarung enthalte nicht alle finanzpolitischen Maßnahmen, die Rot-Grün für notwendig er-

achte. Konkrete Beispiele: das Ehegattensplitting und die Entfernungspauschale. Sollte Rot-Grün außerdem die Mehrheit im Bundesrat gewinnen, müsse mit einer Neuauflage der Vermögensteuer und einer Erhöhung der Erbschaftsteuer gerechnet werden.

Friedrich Merz Gegenspieler von Clement

Auf ihrer Pressekonferenz begrüßte die Parteivorsitzende die Bereitschaft von Friedrich Merz, im Bundestag die wichtige Rolle des Gegenspielers von Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement sowohl wie von Bundesfinanzminister Eichel zu übernehmen. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender ist er inzwischen bestätigt worden und wird in dieser Funktion für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit, Finanzen und Steuern zuständig sein.

Die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Seite 5

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Deutschland bleibt unter Rot-Grün „Bummelretter“ in Europa

Den „schlechtestmöglichen Start“ hat die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der neuen Bundesregierung bescheinigt: Noch am Tag seiner Wahl haben die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute mit ihrem Herbstgutachten Bundeskanzler Schröder „eine Ohrfeige“ versetzt.

Das Urteil der Institute: „vernichtend“ für Rot-Grün. Stellenweise lese es sich wie eine Presseerklärung der Opposition. Angela Merkel: „Deutschland befindet sich danach *de facto* im wirtschaftlichen Stillstand.“ Für 2003: ebenfalls keine Besserung in Sicht.

nur 0,4 Prozent Wachstum gegenüber 0,8 in allen anderen Staaten in Europa. Im nächsten Jahr soll die deutsche Wirtschaft um 1,4 Prozent wachsen, die im Euro-Raum um 1,8 Prozent.

Angela Merkel: „Wir sind weiter Bummelretter und werden auch weiter die rote Laterne in Europa tragen.“

Die Wirtschaftsforscher sind außerdem zu dem Ergebnis gekommen, dass die in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebene Anhebung von Steuern und Sozi-

alabgaben gerade nicht zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen werde. Die rot-grünen Beschäftigungsprognosen auf der Grundlage des Hartz-Konzeptes bezeichnen die Gutachter „schlicht und ergreifend als illusorisch“.

In diesem Zusammenhang kündigte die Fraktionsvorsitzende an: Die Union werde als Opposition ihre klaren „Alternativen für mehr Wachstum und Beschäftigung“ im Bundestag deutlich machen.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Aufwachen, Herr Schröder!

Dem Kanzler werden für das nächste Jahr weiter steigende Arbeitslosenzahlen vorausgesagt. Die negativen Meldungen aus der Wirtschaft überschlagen sich, und Kanzler Schröder interessiert sich weder für die ständig nach unten korrigierten Wachstumsprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute noch für die steigenden Konkurszahlen. Die rot-grüne Mehrheit im Bundestag leidet offensichtlich unter Wahrnehmungsverlust. Statt die Äußerungen der Unternehmen als Drohung abzutun, muss die Regierung endlich begreifen, dass es sich um Hilfeschreie wegen der miesen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen handelt. Äußerungen dieser Art von Unternehmen kurz nach einer Wahl sind in Deutschland völlig atypisch. Der Bundeskanzler muss endlich aufwachen.

Deutschland wird auch weiter die rote Laterne in Europa tragen

Der Herbst, der laut Schröder und Eichel ein „Wirtschaftsfrühling“ habe werden sollen, entwickle sich nun zum Herbst der „Enttäuschung“. Markant sei zudem, dass Deutschland weiter hinter die Prognosen für den Euro-Raum zurückfalle: mit

Keine Abstriche von unseren Werten

Hat die CDU ihr Tafel-silber ausreichend gepflegt?

Angela Merkel: Doch, ich denke schon. Wir hätten es nicht geschafft, auf dem Dresdner Parteitag ein Programm zu verabschieden, das dann auch Grundlage unseres Regierungsprogramms war, wenn wir nicht sehr bewusst an unsere Wurzeln angeknüpft hätten: liberal, sozial-christlich. Wir haben die Aufgabe, in einer sich verändernden Welt immer wieder neue Antworten für die Lebenssituation der Menschen zu finden. Dass wir anders als 1998 zwischen Arbeitnehmern und Wirtschaftsflügel geeint mit unserer Programmatik in die Wahlauseinandersetzung gehen konnten, war für uns ein riesiges Pfund. Und wenn Sie fragen, ob es ausreichend gepflegt ist, dann sage ich: Ab und an müssen wir noch energischer für unser Silber eintreten. Aber wir haben den Wahlkampf schon sehr engagiert geführt.

In der Öffentlichkeit entstand der Eindruck:

Da droht ein neuer Richtungsstreit.

Angela Merkel: Diesem Eindruck muss ich wider-



AUS DEM BAYERN-KURIER-INTERVIEW VOM 17. OKTOBER

sprechen. Wir haben ein beachtliches Wahlergebnis erreicht, das uns auf gleiche Augenhöhe mit der SPD gebracht hat. Es fehlen uns gerade noch 6200 Stimmen zur stärksten Partei. Wir konnten also unsere Stammwähler mobilisieren und sind im Süden sogar deutlich darüber hinausgegangen. Das ist schon eine gute Grundlage. Und was wir jetzt diskutieren, ist kein Richtungsstreit, sondern es geht um die Frage, wie wir das, was programmatisch in uns steckt, nach außen so vertreten, dass wir noch überzeugender wahrgenommen werden.

Und sich mehr am Zeitgeist orientieren?

Angela Merkel: Nein, das ist zwar immer die Sorge, aber darum geht es nicht. Nach meiner festen Überzeugung wären zwei Dinge falsch: **Erstens** dem Zeitgeist hinterherzulaufen und zu glauben, wir könnten als Kopie von irgend etwas die Menschen beeindrucken. Dabei würden wir mehr Wähler verlieren, als wir dazu gewinnen würden. **Zweitens** dürfen wir aber nicht den Eindruck erwecken, als säßen wir in einer Trutzburg, schüttelten den Kopf über einen Teil der Menschheit und wollten nur warten, bis diese Leute wieder zur Vernunft kommen. Es geht vielmehr darum, auf der Grundlage unserer Werte Gesprächsfäden zu den Teilen der Gesellschaft zu knüpfen, die wir heute schwerer oder teilweise gar nicht mehr erreichen.

Dabei dürfen wir von unseren Werten keine Abstriche machen, denn wir wollen nicht riskieren, unsere treuesten Wähler zu verprellen. Doch wir müssen uns als Volkspartei neuen Entwicklungen stellen und Kontakte zu den unterschiedlichsten

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

Wolfgang Schäuble:Außen, Verteidigung,
EuropaFrauen und Jugend,
Bildung und Forschung,
Informationstechnologie,
Kirchen**Wolfgang Bosbach:**Recht, Petitionen,
Innen, Sport, Vertriebene
und Flüchtlinge,
Kunst, Kultur und
Medien**Arnold Vaatz:**Aufbau Ost, Wirtschaftliche
Zusammenarbeit,
Menschenrechte**Friedrich Merz:**Wirtschaft und Arbeit,
Finanzen, Haushalt,
PKM**Horst Seehofer:**Gesundheit und
soziale Sicherung,
Arbeitnehmer, Energie**Klaus Lippold:**Verkehr, Bau- und
Wohnungswesen, Um-
welt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit**Gerda Hasselfeldt:**Verbraucherschutz,
Ernährung und Land-
wirtschaft, Kommunal-
politik, Tourismus**Maria Böhmer:**

Familie, Senioren,

Justitiare:Ronald Profalla
Hans-Peter Friedrich

gesellschaftlichen Gruppen pflegen. Ich lege schon Wert auf die Bemerkung, dass ich meine Werte auch dann nicht aufgeben, wenn ich für uns in einer Umgebung werbe, wo nicht alle gleich beim Hereinkommen aufstehen und Beifall klatschen. Aber Sie wissen ja selbst aus Bayern, dass der große Zuspruch, den sich die Volkspartei CSU erworben hat, ihr nicht einfach in den Schoß gefallen ist. Auch Edmund Stoiber muss sich als CSU-Vorsitzender mit Widerständen auseinandersetzen, wenn er beispielsweise für Kinderbetreuung unter drei Jahren plädiert. Will man Volkspartei bleiben, muss man auch engagiert gegen Widerstände kämpfen. Ich kann da nur Edmund Stoiber zitieren: Wer sich nicht ändert, der wird verändert. Aber diese Veränderung muss auf unseren Wertefundamenten stehen.

Hat es die Union im Süden leichter, weil dort das Wertgefüge noch stabiler ist?

Angela Merkel: Ich glaube nicht, dass sie es in München leichter hat als in Köln. Aber es gibt einen großen Unterschied: Die CSU in Bayern und die CDU in Baden-Württemberg, Hessen und Saarland und auch in einigen neuen Ländern sind Regie-

rungsparteien und können Politik gestalten. Dadurch ist es ihnen möglich, Programme nicht nur als intellektuelle Veranstaltung erscheinen zu lassen, sondern sie zum Wohle eines jeden wirken und positiv spürbar werden zu lassen. Eine Opposition hat es da naturgemäß schwer.

Das beste Aufbauprogramm für die CDU wäre es also, mehr Landesregierungen zu bilden ...

Angela Merkel: Das ist richtig, und deshalb sagen

wir auch: Erneuerung erfolgt über die Kommunen und über die Länder. Wir haben im Wahlkampf immer wieder auf die Leistungsbilanz der von uns regierten Länder hingewiesen und gesagt: Man kann auch gut regieren.

Das heißt, die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 2. Februar sind für Sie äußerst wichtig.

Angela Merkel: Wir werden Hessen halten und müssen vor allem Niedersachsen dazugewinnen. Dafür werden wir alles einsetzen. **UD**

ANNETTE SCHAVAN:

Politik muss den Wandel **gestalten**, ihm aber nicht nachlaufen

Die stellvertretende Parteivorsitzende und Kultusministerin in Baden-Württemberg, Annette Schavan, hat deutlich gemacht, dass „Modernität und Tradition“ keine Gegensätze in der politischen Programmatik einer Volkspartei wie der CDU sind.



In der Tageszeitung „Die Welt“ hebt die Bildungspolitikerin hervor, die CDU habe immer dann Erfolge verzeichnen können, wenn es ihr gelungen sei, eine „große Schnittmenge zwischen ihrer wertkonservativen, ihrer liberalen und ihrer christlich-sozialen Tradition“ herzustellen. Die Aufgabe der Führung bestehe in der Integration dieser Traditionen, nicht in der Entscheidung für die eine oder andere Strömung.

Grundorientierungen als Kompass

Politik ist die Gestaltung des Öffentlichen. Sie betrifft die Sorge um öffentliche Güter und jene Werte, die eine Gesellschaft tragen und zusammenhalten. Poli-

tik wahrt die Grundordnung und das Gemeinschaftliche, das alle betrifft und alle verpflichtet. Politik in einer freiheitlichen, pluralen Gesellschaft braucht tragfähige Grundorientierungen, die als Kompass wirken. Grundorientierungen, die verhindern, dass Politik jedem Trend folgt und aus denen zugleich Zukunftsvorstellungen deutlich werden. Die Kraft des Politischen erwächst daraus, den Wandel zu gestalten, ihn möglicherweise zu initiieren, nicht aber ihm nachzulaufen.

Politik lebt vom Wettbewerb der Konzepte für konkretes politisches Handeln und Handeln, Konzepte, die voneinander unterscheidbar bleiben. Ziel des politischen Wettbewerbs ist nicht die Angleichung, vielmehr die Unterscheidung,

die eine echte Wahl ermöglicht. Schließlich ist vor jedem Programm allen politischen Parteien das Grundgesetz vorgegeben, das gleichsam den Grundwortschatz normativer kultureller Vorstellungen unseres Gemeinwesens enthält.

Räume des Dialogs anbieten

Politik lebt schließlich von Wertgrundlagen, die eine Unterscheidung verlangen zwischen der Toleranz gegenüber der Vielfalt der Standpunkte und dem, was zum normativen Grundwortschatz gehört. Sie arbeitet an der Stabilität des Gemeinschaftlichen und muss daher auch Räume des Dialogs und der Suche nach dem Konsens darüber anbieten – angesichts vielfacher Prozesse der Individualisierung und Vereinzelung in einer modernen Gesellschaft.

Die Reflexion über damit verbundene grundlegende Fragen der politischen Programmatik sind für eine Volkspartei wie die CDU am Beginn einer neuen Legis-

laturperiode selbstverständlich. Alles andere wäre verwunderlich. In solcher Reflexion sind Tradition und Modernität keine Gegensätze. Die CDU war immer dann erfolgreich, wenn es eine große Schnittmenge zwischen ihrer wertkonservativen, ihrer liberalen und ihrer christlich-sozialen Tradition gab.

Junge Menschen wollen keinen Staat, der bevormundet

So sehr es manchmal vordergründig scheint, dass Beliebtheit heute über Verlässlichkeit in der eigenen Position siegt, so falsch ist das auf den zweiten Blick. Wer die Shell-Jugendstudie liest, der stellt fest, dass junge Menschen Werte wie Leistung und Engagement, wie Bindungen, Familie, Treue und Pflichten schätzen. Das sind gute Ansatzpunkte für den Dialog über Wege zu verlässlichen Gemeinschaftsstrukturen, in denen nicht jeder Einzelne nur auf Rechte pocht, sondern an das denkt, was alle verpflichtet. Die heutige junge Generation wünscht keinen Staat, der bevormundet, sich ständig selbst übernimmt und das Engagement des Einzelnen abwürgt zugunsten schlechter öffentli-

cher Leistungen. Da muss moderne Christdemokratie ansetzen – mit ihrem Verständnis vom Menschen, der zur Freiheit berufen und zur Verantwortung fähig ist. Wir stehen für eine aktive Bürgergesellschaft, die das Bürgertum nicht als Relikt vergangener Tage sieht, sondern damit verbundene Verantwortung für das Ganze und Gemeinschaftliche für unerlässlich hält. Unsere ständigen Dialogpartner sind die vielen in unserer Gesellschaft, die sich über die Gestaltung des eigenen Lebensweges hinaus als Aktivposten in dieser Gesellschaft sehen – in Vereinen und Verbänden, in Bürgerinitiativen, als Existenzgründer und mit Ideen, die zum Ganzen beitragen.

Es ist richtig, den Wandel familialer Lebensformen zu tolerieren und auch zu gestalten. Es ist ebenso richtig, Familienpolitik künftig primär aus der Perspektive der Kinder zu betrachten. Ehe und Familie stehen zurecht unter dem Schutz des Grundgesetzes – vor allem wegen der Kinder. Sie werden in unserer Gesellschaft zunehmend eine Minderheit. Moderne Christdemokratie braucht in der Fortsetzung unserer Tradition der großen familienpolitischen Gesetze jetzt eine überzeugende Kinderpolitik.

Damit ist auch die Frage nach den Pflichten gemeint, die Erwachsene Kindern gegenüber haben.

Moderne Christdemokratie...

...verbindet Tradition und Modernität durch entschiedenes Eintreten für eine nachhaltige Politik, die die Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Generationen im Blick hält und dem Egoismus einer nur auf das Hier und Jetzt bezogenen Politik widerspricht. Das betrifft die Lage der öffentlichen Haushalte wie die Bewahrung der Schöpfung und ein Verständnis von Gerechtigkeit, die bei der Beteiligungsgerechtigkeit beginnt und weiß, dass Gerechtigkeit da beginnt, wo jeder seine Pflicht tut.

■ Moderne Christdemokratie muss die Versuchung zum *laissez-faire* als das entlarven, was sie ist: als das misslungene Projekt derer, die sich einzig um die Durchsetzung individueller Interessen kümmern.

■ Moderne Christdemokratie bedeutet die Arbeit an einer konsequenten Wiedergewinnung des Politischen, gegen Beliebigkeit und Kurzsichtigkeit, zur Wahrung öffentlicher Güter und damit verbundener Werte. **UID**

Stellenabbau bei Bombardier – Quittung für eine **verfehlte** Verkehrspolitik

Erklärung zum offenbar bevorstehenden massiven Stellenabbau beim Schienentechnik-Konzern Bombardier:

Der drohende Stellenabbau bei Bombardier vor allem in den neuen Bundesländern ist die traurige Folge der fehlgeleiteten Verkehrs- und Wirtschaftspolitik von Rot-Grün. Zudem entlarvt sie einmal mehr, dass Schröders angebliche Arbeitsplatz-Rettungsaktionen nur die Wahlkampfshow wert sind und unmittelbar mit dem Wahltag verfallen sind.

Schröders Versprechen gelten nichts

Ließ sich der Bundeskanzler im Frühjahr noch als Retter der Bombardier-Werke in Ostdeutschland feiern, so wird nun deutlich, dass er nur zum Schein ein Herz für Arbeitnehmer hat und die Anliegen der neuen Bundesländer mit Füßen tritt. Schröders Versprechen gelten nichts; das Vertrauen der bei Bombardier um ihren Arbeitsplatz bangenden Menschen wurde missbraucht.



Die Union hat die Kurzsichtigkeit und Sprunghaftigkeit rot-grüner Investitionspolitik, nicht zuletzt im Verkehrsbereich, immer wieder scharf kritisiert. Die verheerenden Folgen einer solchen Politik zeigen sich nun mit den Stellenstreichungen in Henningsdorf und Ammendorf aufs Neue.

Mit einer klar gegebenen, verlässlichen Perspektive für Verkehrsweeinvestitionen hätte die Nachfrage nach entsprechenden Leistungen und damit der Auftragseingang bei Bombardier nicht zusammenbrechen müssen.

Die Koalitionsvereinbarungen lassen nicht erwarten, dass Rot-Grün aus Fehlern gelernt hat. Wir fordern den Kanzler auf, endlich für Verlässlichkeit und Verstärkung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zu sorgen – für die Verbesserung der Infrastruktur in ganz Deutschland und zur Sicherung von dringend erforderlichen Arbeitsplätzen.

DIRK FISCHER:

Optimistische Annahme

Die Annahme der Bahn, durch das neue Bahnpreissystem jährlich Mehrerlöse von mindestens 100 Mio € zu erzielen, dürfte sehr optimistisch, wenn nicht sogar realitätsfern sein. Die sich durch den nicht erfolgten Regierungswechsel noch verstärkende und verlängernde Rezession mit exzessiver Konsumzurückhaltung dürfte kaum mehr Fahrgäste in die Bahn bringen. Die treue, viel fahrende Stammkundschaft wird hingegen vergrault. Hohe Stornogebühren werden fällig, wenn man Flexibilität einkaufen möchte.

PETER HARRY CARSTENSEN UND HELMUT HEIDERICH:

„Grüne Biotechnologie“ – auch für den Arbeitsmarkt wichtig

Erklärung zu wichtigen Themen der Forschungspolitik dieser 15. Wahlperiode im Bereich Biotechnologie:

In Verbindung mit der Offensive der EU wollen wir wieder die breite Aufbruchstimmung in der Biotech-Branche erreichen, wie wir sie in den 90er Jahren bei Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen geschaffen hatten. Die rot-grüne Bundesregierung hat bisher durch ihre fehlerhafte Politik die Entwicklung blockiert statt verantwortungsvoll voran gebracht.

Dies wird z.B. bei der Harmonisierung der nationalen

und internationalen Rahmenbedingungen im Bereich der „Grünen Gentechnik“ besonders deutlich. Obwohl akzeptiert und anerkannt, hat Rot-Grün keine Anstalten gemacht, die EU-Richtlinien zur Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) sowie die Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EG in nationales Recht umzusetzen.

Den Abwärtstrend stoppen

Verlässliche Regelwerke sind aber das A und O für ein wirtschafts- und for-



P. H. Carstensen H. Heiderich

schungsförderndes Klima eines Landes. Dies ist gerade jetzt wichtig, weil weitere Arbeitsplätze auch in der Biotechnologiebranche gebraucht werden. Inkonsistenz und Ignoranz kennzeichnet dagegen die Politik von Rot-Grün in dieser Schlüsseltechnologie. Besonders bei der „Grünen Biotechnologie“ entsteht der Eindruck, Deutschland habe das Potential dieser Technologie und die damit verbundenen positiven Effekte am Arbeitsmarkt nicht nötig! Die CDU/CSU wird diesen Abwärtstrend durch ein umfassendes Gesamtkonzept zur Biotechnik stoppen.

Besonderer Schwerpunkt wird dabei der Ausbau von nationalen und internationalen Netzwerken und Kompetenzzentren zur Schaffung von positiven Standortfaktoren sein.

FRIEDBERT PFLÜGER:

CDU gratuliert Jimmy Carter

Das Nobelpreiskomitee hat einen Amerikaner ausgezeichnet, der als Präsident zwischen 1977 und 1980 und in der Zeit danach unendlich viel für Frieden und Menschenrechte geleistet hat. Carster hat das Camp David Abkommen mit Anwar el Sadat und Menachin Begin unterzeichnet, den Panama-Vertrag und das Salt II-Abkommen zur Rüstungsbegrenzung. Vor allem verbindet sich der Name Carter mit der Menschenrechtspolitik gegenüber den kommunistischen Diktaturen und der Dritten Welt. Sie ebnete den Weg zur Befreiung unzähliger Menschen vom Joch der Tyrannei.

Sicherheit wird zunehmend auch zum Standortfaktor für Tourismus

Erklärung zu den Terroranschlägen auf der indonesischen Insel Bali:

Der furchtbare Terroranschlag auf Bali, der eindeutig gegen westliche Touristen gerichtet war, macht die gestiegene Verantwortung der Gastländer für die Sicherheit ihrer Besucher deutlich. Auch wenn absolute Sicherheit nirgendwo garantiert werden kann, so müssen Länder mit Zielregionen internationaler Touristenströme verstärkte Anstrengungen unternehmen, um den Terrorismus entschlossen zu bekämpfen, statt ihn zu verharmlosen.

Bedrohung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in vielen Ländern der Dritten Welt

Künftig werden Reisende sehr genau beobachten, in welchen Ländern öffentliche Sympathie mit den Zielen von Terroristen toleriert wird und dies bei der Auswahl ihres Reiseziels berücksichtigen. Vor allem

in vielen Entwicklungsländern ist der internationale Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor mit großer Bedeutung für deren gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Diese Erkenntnis macht den Tourismus leider auch immer mehr zur Zielscheibe von Anschlägen.

Um dieser menschenverachtenden Strategie die Grundlage zu entziehen, ist dringend eine stärkere internationale Zusammenarbeit nötig. Außerdem muss über-



K. Brähmig



E. Hinsken

legt werden, wie insbesondere in Zielregionen mit hohem internationalen Besucheraufkommen vorbeugend die medizinische Notfallversorgung verbessert werden kann.

PETER HINTZE:

Bei der EU-Erweiterung überwiegen die Chancen

Die mutige Erweiterung der Europäischen Union um 75 Millionen neue Bürger in zehn Staaten ist die richtige Antwort auf den Wunsch nach mehr wirtschaftlicher und politischer Stabilität in ganz Europa.

Der Beitritt muss so vollzogen werden, dass die Europäische Union nicht am eigenen Größenwachstum kollabiert. Die neuen Mitglieder bleiben deshalb aufgefordert, noch vorhandene Defizite etwa in den Bereichen Justiz und Verwaltung bis zum Beitrittstermin zu überwinden.

Eine EU mit 25 Mitgliedern wird schwieriger zu steuern sein. Deshalb kommt der Erarbeitung einer europäischen Verfassung allerhöchste Bedeutung zu, um die größere Union demokratischer, effizienter und transparenter zu gestalten.

HARTMUT SCHAUERTE:

Fehlende **Gasmarktöffnung** zeigt rot-grünes Versagen in der Energiepolitik

Erklärung zur Ankündigung der EU-Kommission, die Bundesregierung wegen einer mangelnder Öffnung des deutschen Gasmarktes vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen:

Die EU-Gas-Richtlinie trat bereits vor vier Jahren, am 10. August 1998 in Kraft und hätte bis zum 10. August 2000 in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Seit mehr als zwei Jahren sind wir Zeuge, wie Rot-Grün dieses



wichtige Liberalisierungsvorhaben im klientelpolitischen Gerangel blockiert. Die rot-grüne Bundesregierung hatte ihren nach eigenen Angaben wichtigsten energiepolitischen Gesetzesentwurf erst im Juni 2001 eingebracht, aber hat ihn bis heute nicht verabschiedet.

ist ein Armutszeugnis für die im Amt knapp bestätigte rot-grüne Koalition. Über zwei Jahre lang hat die Bundesregierung die Öffnung der deutschen Gasmärkte verschleppt und Verbrauchern wie Unternehmern die Chance günstigerer, wettbewerbsorientierter Energiepreise vorenthalten.

CDU und CSU erwarten Rücksicht auf Wettbewerbs- und Antidiskriminierungsregeln

Es ist höchste Zeit, dass die rot-grüne Regierung nun endlich ihren europarechtlichen Verpflichtungen nachkommt. CDU und CSU erwarten, dass der neue Wirtschaftsminister die Schwächen des alten Gesetzesentwurfs beseitigt und dem Parlament schnellstmöglich einen Vorschlag unterbreitet, der auch der aktuellen energiepolitischen Diskussion in Europa (schnellere Marktöffnung für Haushaltskunden, klare Wettbewerbs- und Antidiskriminierungsregeln) Rechnung trägt.

UD

GÜNTHER NOOKE:

Gescheitert

Nach der gescheiterten Westausdehnung versuchen es jetzt die SED-Nachfolger mit der Ostausdehnung der DKP! Entsprechend prägen westdeutsche Salonkommunisten und unbelehrbare SED-Beschöniger den neuen Bundesvorstand. Die jetzige PDS-Führung hat klar gemacht, dass sie nicht in der Bundesrepublik ankommen will.

Erhebliche Nachteile für Verbraucher und Unternehmen

Die rot-grünen Pläne waren bis zuletzt mit erheblichen Schwächen und Nachteilen für Verbraucher und Unternehmen belastet, vor allem durch eine wettbewerbsschädliche Verrechtlichung der zugehörigen Verbändevereinbarungen.

Die nun angekündigte Klage der EU-Kommission

Bundesregierung muss mit Prag über die Benesch-Dekrete sprechen

Erklärung zu den Benesch-Dekreten anlässlich der Veröffentlichung des Gutachtens von Professor Dr. Dieter Blumenwitz:

Mit seinem jetzt veröffentlichten Gutachten über die Benesch-Dekrete und das sogenannte „Straffreiheitsgesetz“ sowie über die Frage einer fortdauernden diskriminierenden Wirkung widerspricht der bekannte Völkerrechtler Professor Dr. Dieter Blumenwitz in allen wesentlichen Punkten dem Gutachten von Professor Dr. Jochen Frowein.

Was die fortdauernde Rechtswirkung der Benesch-Dekrete betrifft, stellt Dieter Blumenwitz in seinem Gutachten unter anderem fest: „Nach der Entscheidung des tschechischen Obersten Gerichtshofes vom 29. Juni 2000 müssen die Dekrete der Nachkriegszeit nicht nur nachbeachtet, sondern auch *nachvollzogen* werden: Zivilverfahren müssen ausgesetzt und Enteignungsverfahren nach altem Recht abgeschlossen werden.“

Auch widerspricht er der Behauptung Froweins, die

Restitution sei abgeschlossen und berühre EU-Recht nicht. Blumenwitz führt aus: „Zahlreiche Restitutionsfälle sind zur Zeit noch anhängig. Der UN-Menschenrechtsausschuss hat in der Vergangenheit immer wieder die Restitutionsgesetzgebung kritisiert, die Tschechische Republik aufgefordert, gesetzliche Regelungen zu ergänzen und neue Antragsfristen einzuräumen.“

Blumenwitz: Verstoss gegen die Menschenrechte

Unmissverständlich äußert sich Blumenwitz auch zum umstrittenen „Straffreiheitsgesetz“ (Gesetz Nr. 115 von 1946), welches er als einen Verstoß gegen die Menschenrechte bezeichnet. Und weiter: „Der Respekt vor den Opfern gebietet die uneingeschränkte Verpflichtung des tschechischen Staates, Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch nach längerer Zeit noch aufzuklären und zu ahnden.“ Den Prüfungsmaßstab

des Gutachtens von Professor Blumenwitz bilden die Kopenhagener Kriterien. Dabei stellt er fest, dass die Benesch-Dekrete und das „Straffreiheitsgesetz“ mit diesen Kriterien zur Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union unvereinbar sind.

Das Gutachten von Professor Blumenwitz belegt erneut die Fehleinschätzungen und schweren Versäumnisse der Bundesregierung auf diesem Gebiet. Es wird erneut nachgewiesen, dass die gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem damaligen tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman aus dem Jahre 1999, die Benesch-Dekrete seien „in ihrer Wirkung erloschen“, unzutreffend ist.

Auch erweist es sich heute, da zwei höchst unterschiedliche Rechtsgutachten vorliegen, als schweres Versäumnis, dass die Bundesregierung sich hartnäckig geweigert hat, ein mehrfach von CDU und CSU eingefordertes eigenes Rechtsgutachten in Auftrag zu geben.

„ERBITTERTEN Widerstand“ hat der Deutsche Beamtenbund (DBB) für den Fall angekündigt, dass im Zuge der Sparmaßnahmen, die die rot-grüne Regierung plant, weitere Personalstreichungen im öffentlichen Dienst oder Abstriche bei der Besoldungserhöhung vorgenommen würden. DBB-Chef Erhard Geyer: „Es droht eine ganz harte Tarifrunde, weil Bund, Länder und Kommunen offenbar erneut den Versuch unternehmen wollen, ihre leeren Kassen auf Kosten der Mitarbeiter zu sanieren.“

AUF DEN NIEDRIGSTEN Stand seit vier Jahren sind von Januar bis September dieses Jahres die Krankstände in den Betrieben gefallen. Die Ausfallzeiten betragen 4,02 Prozent der Sollarbeitszeit oder 1,4 Milliarden Arbeitsstunden. Grund: die Angst der Arbeitnehmer, in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit durch den Krankheitsfall den Job zu verlieren.

SO SCHLECHT wie seit Jahren nicht mehr ist die Stimmung im deutschen Mittelstand. Und die Lage ist auch schlecht, fasste der Hauptgeschäftsführer der Vereine Creditreform e.V., Helmut Rödl, die Ergebnisse der Herbstumfrage seines

Verbands zusammen. 22 Prozent (im Vorjahr: 16) der befragten rund 4.500 Firmen mit bis zu 500 Beschäftigten oder 50 Millionen Euro Umsatz bezeichneten ihre Lage als mangelhaft oder ungenügend. Damit überwog die Bewertung der zum ersten Mal 1979 zweimal jährlich statt findenden Befragung die sehr guten bis guten Urteile. Weitere Ergebnisse: ■ Zahl der Betriebe mit steigenden Umsätzen halbiert ■ Investitionsbereitschaft auf „absolutem Tiefpunkt“ ■ Personalaufstockung nur noch bei 16,3 Prozent geplant.

ZU HOHE Lohnstückkosten belasten nach Ansicht des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) die deutsche Industrie im internationalen Wettbewerb. Unter den zwölf wichtigsten Wirtschaftsnationen haben nur Norwegen und Großbritannien höhere Arbeitskosten. Der Lohnstückkosten-Vorteil der ausländischen Konkurrenz gegenüber Deutschland liegt im Durchschnitt bei elf Prozent. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Im letzten Jahr sind die Kosten um zwei Prozent sogar noch gestiegen.

DEUTLICH WENIGER Waren als noch vor zwölf Monaten hat Deutschland im

Juli dieses Jahres in die USA exportiert. Um 9,7 Prozent sind die Ausfuhren auf ein Volumen von 5,7 Milliarden Euro gesunken. Auch für den weiteren Jahresverlauf und den Beginn des kommenden Jahres rechnet der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) mit einer ungünstigen Entwicklung. Als Gründe nennt BGA-Präsident Anton Börner ■ die lahrende US-Konjunktur ■ den Anstieg des Euro-Kurses und ■ die „Verstimmungen“ im Verhältnis beider Länder wegen der deutschen Haltung in der Irak-Frage.

ZU WENIG ZEIT für die EDV-Sicherheit haben nach einer Untersuchung mit Hilfe der Mummert Consulting AG vor allem deutsche Unternehmen. 70 Prozent von ihnen räumen diesen Mangel ein, während in den USA und Großbritannien nur knapp die Hälfte der Unternehmen Probleme im Kampf gegen Hacker hat – und das aus Gründen zu kleiner Budgets. Bei der Fortbildung steht Deutschland allerdings besser da. Nur bei 28 Prozent der deutschen Unternehmen ist fehlende Schulung die Ursache für IT-Sicherheitsmängel, bei fast 40 Prozent der Unternehmen dagegen in den USA.

UID

Rot-Grün **stellt** Ehe, Familien- und Hausgemeinschaft **infrage**

Die Politik hat die Anliegen der Familien und vielleicht auch der Kinder wieder neu entdeckt. Sie bemüht sich gegenwärtig, die öffentlichen Angebote für eine Kinderbetreuung zu verbessern und damit den jungen Eltern die Chance zu bieten, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Zur Finanzierung dieses Vorhabens allerdings sollen Ehen und Familien steuerlich belastet werden. Das Ehegattensplitting soll – vermutlich für „Besserverdienende“ – gekürzt werden oder ganz entfallen.

Diese Konzeption einer Umverteilung innerhalb von Ehen und Familien verfehlt den Auftrag zum Schutz der Familie, der die steuerliche Benachteiligung der Familien abbauen und dementsprechend die Kinderlosen und Unverheirateten mehr belasten müsste.

Ehen in Zukunft benachteiligt

Während bisher die Familien vor allem bei den indirekten Steuern überpro-

ES GEHT HIER
UM EINEN POLI-
TISCHEN RICHT-
UNGS-STREIT

portional belastet wurden, weil sie den wesentlichen Teil ihres Einkommens für den umsatzsteuerpflichtigen Konsum und nunmehr zusätzlich für den ökosteuerpflichtigen Energieverbrauch einsetzen mussten, während die eher spar- und investitionsfähigen Alleinverdiener diese Steuern weitgehend vermeiden können, sollen in Zukunft die Ehen auch im Einkommensteuerrecht benachteiligt werden: Grundsätzlich kann in einer Erwerbsgemeinschaft – etwa einer BGB-Gesellschaft, einer OHG oder einer GmbH – das gemeinsam erzielte Einkommen für Zwecke der Individualbesteuerung unter den Beteiligten aufgeteilt werden. Gleiches erlaubt das Ehegattensplitting für die Erwerbsgemeinschaft der Ehe, an der dem Grundgesetz um der Zukunft von Staat und Gesellschaft willen besonders gelegen ist.

Würde das Ehegattensplitting entfallen oder wesentlich zurückgenommen, so wäre der Gleichheitssatz grob verletzt: Die Steuerpflichtigen könnten in jeder Erwerbsgemeinschaft ihr Einkommen „splitten“. Nur in der Erwerbsgemeinschaft der Ehe wäre ihnen dieses untersagt.

Motive schwer erklärlich

Die Motive für eine solche Antifamilienpolitik sind schwer erklärlich, scheinen aber in dem auch in der vergangenen Legislaturperiode erkennbaren Eifer begründet zu sein, die Ehe und die daraus erwachsende Kultur der Familien- und Hausgemeinschaft infrage zu stellen. Während das Bundesverfassungsgericht in gefestigter Rechtsprechung betont, dass die Ehe die beste Voraussetzung für die körperliche, geistige und seelische Entwicklung des Kindes ist, das Kind also in dem Zusammenleben mit Mutter und Vater die besten Entwicklungschancen gewinnt,

scheint diese Politik bemüht, den Kindern die unmittelbare Lebensgemeinschaft mit Vater und Mutter möglichst vorenthalten zu wollen. Die Gleichbehandlung aller Erwerbsgemeinschaften wird deshalb in ein „Privileg für den Trauschein“ umgedeutet.

Dabei dürfte auch das Ziel verfolgt werden, möglichst alle Menschen in einem lohnsteuer- und sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerverhältnis zu binden und den Erziehungsauftrag der Eltern eher an den Rand zu drängen. Die Errungenschaften unserer modernen freiheitlichen Gesellschaft, die Familienkultur und die stetige, unkündbare und unscheidbare Elternverantwortung von Mutter und Vater werden gering geschätzt, das Steuerrecht vielleicht sogar eingesetzt, um diese Kultur und damit die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu schwächen. Das Steuerrecht soll als ein Instrument dienen, um Menschen in die Berufsarbeit zu drängen und von der Familienarbeit fern zu halten.

Keine beliebig veränderbare Vergünstigung

Demgegenüber betont das Bundesverfassungsge-

richt, dass das Splittingverfahren die Gleichwertigkeit von Familien- und Berufsarbeit anerkenne. Der besondere Schutz von Ehe und Familie sichere den Ehegatten die freie Entscheidung, wie sie innerhalb der Ehe die Aufgaben verteilen und nach ihren Bedürfnissen gestalten wollen. Deshalb sei das Ehegattensplitting keine beliebig veränderbare Steuer-„Vergünstigung“, sondern eine an dem Schutzgebot des Artikel 6 Absatz 1 GG und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Ehepaare orientierte sachgerechte Besteuerung.

Das Splittingverfahren vermeidet insbesondere, dass Eheleute mit mittleren und kleineren Einkommen gegenüber Eheleuten mit hohen Einkommen benachteiligt werden, die durch vertragliche Aufteilung ihres Gesamteinkommens die Steuerprogression mit dem gleichen Effekt wie beim Ehegattensplitting senken könnten, was für die Masse der Arbeitnehmer nicht möglich sei.

Allerdings macht die räumliche Trennung von Familienort und Erwerbssort es den Eltern derzeit oft unmöglich, von ihrer Familienfreiheit und ihrer Berufsfreiheit gleichzeitig Gebrauch zu machen. Die jun-

gen Eltern stehen morgens vor der schroffen Alternative, entweder zu Hause zu bleiben und die Kinder zu betreuen oder aber das Haus zu verlassen und einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Das verfassungsrechtliche Angebot einer gleichzeitigen Familien- und Berufsfreiheit scheint leer zu laufen. Deshalb hat der Gesetzgeber Vorkehrungen zu treffen, um diese Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und damit die Bereitschaft zum Kind nicht an rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen scheitern zu lassen.

Die Erziehungsleistung der Eltern anerkennen

Geboten ist die Wiederherstellung einer Wirtschafts- und Rechtsordnung, die ihre eigene Zukunft in sich selbst findet. Der Gesetzgeber muss – wie das Bundesverfassungsgericht sagt – Grundlagen dafür schaffen, dass Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit aufeinander abgestimmt werden können und die Wahrnehmung der familiären Erziehungsaufgabe nicht zu beruflichen Nachteilen führt. Vor allem die Erziehungsleistung der Eltern muss anerkannt, und das

heißt in einer Gesellschaft, in der Honorar eng beieinander liegen, durch Zahlung eines Familiengeldes oder Erziehungsgehaltes gewürdigt werden.

Praktische Erfahrungen mit einer betrieblichen Rückkehrgarantie, die den Eltern nach Erfüllung ihres Erziehungsauftrages die Rückkehr in ihren vormaligen Beruf rechtlich sichern, sind ermutigend. Sie fördern die Familie und sind auch betriebswirtschaftlich für den einzelnen Betrieb ein Gewinn, weil der Betrieb Arbeitskräfte zurückgewinnt, die in der Begleitung, Betreuung und Erziehung des Kindes wertvolle Lebenserfahrung und Berufsdisziplin in die Betriebe tragen.

Eltern sollen entscheiden

Artikel 6 Absatz 4 GG gibt jeder Mutter einen Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft und verpflichtet nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts derzeit den Gesetzgeber insbesondere, „Grundlagen dafür zu schaffen, dass Familienentätigkeit und Erwerbstätigkeit aufeinander abgestimmt werden können und die Wahrnehmung der fami-

liären Erziehungsaufgaben nicht zu beruflichen Nachteilen führt“. „Dazu zählen auch rechtliche und tatsächliche Maßnahmen, die ein Nebeneinander von Erziehungs- und Erwerbstätigkeit für beide Elternteile ebenso wie eine Rückkehr in eine Berufstätigkeit und einen beruflichen Aufstieg auch nach Zeiten der Kindererziehung ermöglichen.“

In diesem Rahmen können auch öffentliche Betreuungseinrichtungen für Kinder die Erwerbsmöglichkeiten der Eltern verbessern. Eine freiheitliche Verfassung legt es dabei aber nahe, den Eltern auch die Entscheidung zu überlassen, ob sie ihre Kinder eigenhändig erziehen oder von fremder Hand betreuen lassen wollen. Deshalb wäre die freiheitsgerechte Lösung, die Eltern finanziell so auszustatten, dass sie entweder entgeltlich einen Kinderbetreuungsplatz erwerben oder aber stattdessen die Kinder selbst betreuen können.

Die Verfassung fordert deshalb von der Politik, dass sie sich gänzlich auf die elterliche Erziehung ausrichtet und diese fördert, den Erziehungsauftrag aber nicht zu einer Randerscheinung des Erwerbslebens werden lässt oder die Alleinerziehung durch einen Elternteil zum

normativen Typus oder gar zum gesetzlichen Ideal erklärt. Wer in der Notlage des Alleinerziehenden den Doppelauftrag von Erziehung und Beruf erfüllt, verdient Respekt und staatliche Förderung. Die Normen aber müssen sich an der Normalität orientieren, der Gemeinschaft von Eltern und Kindern.

Eltern haben Unterhaltsanspruch

Daneben ist den Eltern der wirtschaftliche Wert der Erziehungsleistung zurückzugeben. Dieser Wert besteht in dem vom Familienrecht gesicherten Unterhaltsanspruch der Eltern gegen ihre Kinder, der ihnen in Notfällen – insbesondere bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter – Unterhalt und Beistand durch ihre Kinder sichert.

Dieser wirtschaftliche Wert der Erziehungsleistung ist aber im Generationenvertrag der öffentlichen Sozialversicherung kollektiviert und von der familiären Erziehungsleistung sogar weitgehend gelöst worden. Die sozialstaatliche Errungenschaft der öffentlichen Sozialversicherung, die auch den Kinderlosen wirtschaftliche Sicherheit im Krisenfall

MARIA BÖHMER:

Massive Proteste haben gewirkt

„Der Spuk um die Abschaffung des Ehegattensplittings ist vorbei!“ stellt die Bundesvorsitzende der Frauen-Union fest: Höchst ungerecht wäre es gewesen, Familien das Geld wegzunehmen, um es wieder für Familien auszugeben. Maria Böhmer: „Sich für die Betreuung und Erziehung der Kinder zu engagieren, ist schließlich Aufgabe aller. Für die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung brauchen wir eine konzertierte Aktion aller Bundesländer.“

Den Einstieg in den Ausstieg aus dem Ehegattensplitting haben massive Proteste von Union, Familienverbänden und Steuerexperten gerade noch verhindern können. „Die Freiheit jeder Frau und jedes Mannes, über ihren Lebensentwurf selbst entscheiden zu können, darf nicht angetastet werden.“ Die Union werde weiter für diesen Grundwert streiten.

„versicherungsfremde Leistung“ missdeutet wird, so verweist die Verfassung demgegenüber auf die materielle Gleichwertigkeit von Kindererziehung und monetärer Beitragsleistung. Bei den Leistungen liegt eine vergleichbare Arbeitsanstrengung, ein gleicher Konsumverzicht und das gleiche Angewiesensein auf Sicherheit und Bedarfsdeckung zugrunde. Kindererziehung und monetäre Beitragsleistung sind deshalb beides Grundlagen der öffentlichen Sozialversicherung, die zu gleichwertigen Leistungen führen. Die Familienpolitik muss sich deshalb gegenwärtig wieder darauf besinnen,

dass Staat und Gesellschaft ihre Zukunft nur in einer freizügigen Jugend, also in den Familien, finden. Diese Zukunftsoffenheit entspricht dem Willen der Menschen. Gediegene Umfragen haben ergeben, dass sich die jungen Menschen vor allem Kinder, die älteren vor allem Enkelkinder wünschen. Die Politik sollte nicht versuchen, den Menschen diese Hoffnung, diese Zukunftsoffenheit auszutreiben. Es wäre das Ende unseres Staates und unserer Gesellschaft.

Paul Kirchhof war von 1987 bis 1999 Richter des Bundesverfassungsgerichts

bietet, wird zu einem rechtsstaatlichen Skandalon, wenn dieser Generationenvertrag die alleinigen Träger dieses so genannten Vertrages, die Eltern und in erster Linie die Mütter, aus eigenem Recht kaum beteiligt. Hier fordert der Verfassungsauftrag des Familienschutzes und der Gleichberechtigung von Mann und Frau strukturelle Veränderungen.

Die gesetzgeberische Entscheidung, dass die Kindererziehung als Privatsache, die Alterssicherung dagegen als gesellschaftliche Aufgabe gilt, benachteiligt die Familie, ohne dass es dafür angesichts der Förderungspflicht aus Artikel 6 Absatz 1 GG einen zureichenden Grund gibt. Der Gesetzgeber hat deshalb, jedenfalls sicherzustellen, dass sich mit jedem Reformschritt die Benachteiligung der Familie tatsächlich verringert.“

Erziehungsleistung und Erwerbsleistung gleichwertig

Das System der Sozialversicherung ist so auszugestalten, dass Erziehungsleistung und Erwerbsleistung gleichwertig berücksichtigt werden. Wenn gegenwärtig eine Beteiligung der Mütter am Generationenvertrag als

Warnschuss-Arrest kann Jugendliche rechtzeitig von der schiefen Bahn holen

Auf Einladung des baden-württembergischen Ressortchefs Ulrich Goll (FDP) fand am 9. Oktober in der Universitätsstadt Heidelberg eine Konferenz der Unions- und FDP-Justizminister statt.

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode verständigten sich die Justizministerinnen und Justizminister der neun Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen auf Gesetzesinitiativen im Bundesrat. Im Mittelpunkt der zweitägigen Konferenz standen neben der intensiveren Strafverfolgung und dem besseren Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Sexual- und Gewaltverbrechen vor allem wichtige Reformvorschläge zur Bekämpfung der Jugendkriminalität.

Mehr Schutz vor Gewalt- und Sexualverbrechen

Die Justizminister wollen durch Gesetzesinitiativen im

Bundesrat den Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Gewalt- und Sexualverbrechen verbessern. In Zukunft soll die Sicherungsverwahrung bei besonders rückfallgefährdeten Gefangenen auch unmittelbar vor der Entlassung aus der Strafhaft angeordnet werden können. „Kein anderes Thema beschäftigte in den letzten Jahren die Rechtspolitik und die Öffentlichkeit so sehr wie die Verbesserung des Schutzes vor gefährlichen Gewalt- und Sexualverbrechen. Durch eine bundesweite Reform der Sicherungsverwahrung soll nicht mehr allein die im Strafverfahren festgestellte Gefährlichkeit zur Unterbringung führen können. Auch wenn sich erst im Strafvollzug die besondere Rückfallgefahr ergibt, soll künftig die Sicherungsverwahrung angeordnet werden können. Selbstverständlich müssen wir bei der Reform der strafrechtlichen Sanktionen auch die nachträgliche Sicherungsverwahrung für Heranwachsende, soweit sie nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden, und für brutale

Ersttäter einführen. Der Rechtsstaat darf bei einem verurteilten Schwerverbrecher nicht länger darauf warten bis er die zweite oder dritte Tat begangen hat, bevor wir die Bevölkerung durch eine Sicherungsverwahrung schützen können“, betonten die Minister.

Die Strafverfolgung muss effektiver werden

Den Schutz der Bevölkerung vor Gewalt- und Sexualverbrechen wollen die Justizminister auch durch eine intensivere Strafverfolgung in Deutschland verbessern. Dabei fordern sie, den Einsatzbereich der DNA-Datei des Bundeskriminalamtes auf alle Straftaten mit sexuellem Hintergrund zu erweitern: „Der genetische Fingerabdruck ist zur Aufklärung schwerer Verbrechen und zur Abschreckung gefährlicher Straftäter unverzichtbar. Durch die genetische Erfassung aller rückfallgefährdeten Sexualstraftäter lassen sich schwerste Verbrechen künftig noch schneller und effektiver auf-

DIETRICH BIRK:

klären. Darüber hinaus können wir die in der DNA-Datenteil gespeicherten Straftäter wegen des nahezu hundertprozentigen Entdeckungsrisikos von der Begehung weiterer Delikte abschrecken.“

Jugendkriminalität wirksamer bekämpfen

Die Justizminister sehen in der Bekämpfung der Jugendkriminalität eine besonders wichtige Aufgabe der deutschen Rechtspolitik in der neuen Legislaturperiode. Mit großer Sorge verfolgen sie die Zunahme der Straftaten junger Menschen vor allem bei den Gewaltdelikten. „Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung fordern wir eine grundlegende Reform des Jugendstrafrechts in Deutschland. Wir geben den Jugendlichen und Heranwachsenden ein völlig falsches Signal, wenn ihnen das Strafrecht geradezu einredet, noch unreif zu sein und deshalb ohne größeres Risiko straffällig werden zu können. Mit der jahrelangen Untätigkeit der rot-grünen Bundesregierung in dieser entscheidenden Frage für unsere junge Generation und die Sicherheit unserer Bürger muss endlich Schluss sein“, betonten die Justizminister gemeinsam.

Wirtschaftsförderung effizienter und schlagkräftiger machen

„Durch eine Bündelung der Förderinstrumente“ soll die Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg „effizienter und schlagkräftiger werden“. Das sieht ein Antrag der CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag vor, den der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Dietrich Birk, am 11. Oktober vorgestellt hat.

„Um der bundesweit besorgniserregenden wirtschaftlichen Entwicklung entgegenzuwirken“, müsse Baden-Württemberg alle Anstrengungen unternehmen, das heißt: Instrumente und Programme der bisherigen Wirtschaftsförderung überprüfen und nach Möglichkeit verbessern. Erster Schritt: Landesbank, Bürgschaftsbank, GWZ, Landesgewerbeamt, Steinbeis-Stiftung und Wirtschaftskammern besser auf einander abstimmen.

Die Heranwachsenden (18–21 Jahre) wollen die Justizminister von CDU, CSU und FDP grundsätzlich nach dem Erwachsenenstrafrecht und nicht nach dem deutlich milderen Jugendstrafrecht verurteilen: „Mit dem Eintritt der Volljährigkeit erhalten die Heranwachsenden in Deutschland mit der Geschäftsfähigkeit, der Wahlberechtigung und der Fahrerlaubnis alle Rechte eines mündigen Bürgers. Dann müssen sie aber in Zukunft auch konsequenterweise die Pflichten und die volle Verantwortung für ihre Straftaten übernehmen.“ Vor allem die Einführung des sog. Warnschussarrestes halten

die Justizminister für dringend notwendig, um straffällige Jugendliche rechtzeitig von der schiefen Bahn zu retten. Bei einer Verurteilung zu einer Jugendstrafe auf Bewährung entsteht bei den jugendlichen Straftätern oft der Eindruck, dass ihre Straftaten keine fühlbaren Folgen haben. Der von den Jugendrichtern in der Praxis immer wieder geforderte Warnschussarrest gibt die Möglichkeit, den Jugendlichen durch einen kurzen Freiheitszug die dringende Notwendigkeit einer Verhaltensänderung vor Augen zu führen.



EURO

Die Erklärung einer Niederlage

Der härteste Schlag gegen den Stabilitätspakt und die Gesundheit von Euro-Land kommt aus dem rot-grünen Deutschland. Und sofort bricht zwischen Berlin und Brüssel die Krise aus. Es geschieht zum erstenmal seit dem Maastricht-Abkommen – also auch seit es den Euro gibt –, dass ein Schlüsselland der Union zugibt, dass es den Stabilitätspakt brechen muss. Diese Erklärung einer Niederlage kommt ausgerechnet aus Deutschland, das doch noch bis vorgestern immer Klassenbester in Europa war, die anderen Partnerländer immer tadelte und von ihnen finanzpolitische Härte verlangte. La Repubblica

Flexibilitätspakt

Die Deutschen haben den Euro-Stabilitätspakt gesprengt. Finanzminister Eichel erklärte öffentlich, das

deutsche Defizit werde über der Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Für so etwas wird man aus der Euro-Zone verjagt und bekommt die Gemeinschaftswährung entzogen. Aber Deutschland, den Hauptinitiator der Gemeinschaftswährung, auszuschließen, wäre alles andere als ein Vergnügen. Es wird wohl so kommen: Der Stabilitätspakt wird in einen Flexibilitätspakt umgewandelt. Und für die Klagen über die Schwäche des Euro fühlt sich dann niemand zuständig.

Kommersant, Moskau

So viel Leichtfertigkeit macht sprachlos

Wer ist dümmer – Romano Prodi oder der Europa-Stabilitätspakt? Pardon für die klare Antwort: Prodi. Der EU-Kommissionspräsident hielt es für richtig, der französischen Zeitung „Le Monde“ folgenden Satz zu sagen: „Ich weiß sehr wohl, dass der Stabilitätspakt dumm ist – wie alle starren Entscheidungen.“ So viel Leichtfertigkeit macht fast sprachlos.

Mit seiner Meinung hat Prodi die schiefe Ebene vorgezeichnet, auf der Europas Institutionen nun – ganz langsam, aber unaufhaltsam – ins Rutschen geraten werden. Berliner Zeitung

PDS

„Kein Mensch braucht eine Ostpartei“

Die PDS ist erledigt. Sie hat sich – im doppelten Sinn – erledigt. Das Konzept einer „bundesweiten sozialistischen Partei“, die die PDS immer sein wollte, wurde abgewählt. Und in der Folge wurde offenbar, dass es diese Partei auch nie gegeben hat. Sie wurde erfunden. Sie ist ein semantischer Sack, den man glaubte, über die Jahre mit Inhalt füllen zu können. Heute – nach fast 13 Jahren – ist der Sack so leer wie 1989. Damals wusste die SED/PDS wenig über sich und ihre Ziele. Sozialismus. Ja. Aber was ist das? Immerhin konnte sich die Partei auf einen überzeugenden Gründungskonsens stützen: Teile

der alten DDR-Elite brauchen ein Machtzentrum. Sie glaubten, dafür die alten Parteistrukturen, das Vermögen, die Immobilien und nicht zuletzt die versprengte Gemeinde von überzeugten Staatssozialisten als Hintergrund nutzen zu können. Heute, fast 13 Jahre nach der Gründung der PDS, gibt es diesen Konsens nicht mehr. Viele haben inzwischen begriffen, dass der Preis, den der alte Apparat ihnen abverlangt hat, der des Untergangs ist. Die PDS ist ein politisches Kunstprodukt, für das es in Deutschland dauerhaft keinen Markt gibt. „Kein Mensch braucht eine Ostpartei“ hat kürzlich die ostdeutsche Ex-Bundestagsabgeordnete Angela Marquardt gesagt. Sie hat Recht.

Berliner Zeitung

TERROR AUF BALI

Ein rein kriminelles Phänomen

Gegen wen kämpfen islamistische Terroristen – und vor allem wofür? Das Massaker

auf Bali lässt ihre Ziele noch mehr verschwimmen. Damit wird eins deutlich: Es handelt sich hier um ein rein kriminelles Phänomen. Vermeintlich politische Motive der Täter entpuppen sich als Fassade. Hass auf Amerika oder auf den Westen – wie ließe sich damit erklären, dass Menschen wahllos verbrannt und verstümmelt werden?

Neue Osnabrücker Zeitung

Die Gefahr ist überall

So könnte also die Zukunft aussehen: Wo und in welcher Funktion Menschen aus dem politischen „Westen“ – wozu auch Australien gehört – in der islamischen Welt unterwegs sind, werden sie damit rechnen müssen, ins Visier genommen zu werden. Und das ist noch die harmlosere Aussicht. Eine Vorwegnahme der schlimmeren, nämlich dass diese Menschen auch in den eigenen Ländern nicht sicher sind, haben wir am 11. September 2001 gesehen. Danach wurde der Kampf gegen den Terror ausgerufen, herausgekommen ist eine punktuelle Verbesse-

rung der Sicherheit in der Ersten Welt und eine allgemeine Verschlechterung im großen Rest der Welt.

Der Standard, Wien

Die Angst ist immer und überall

Die Bomben können in jedem Augenblick und an jedem beliebigen Ende der Welt explodieren, und das aus unzähligen und ganz irrationalen Motiven. Das ist eine Bedrohung, die jeden individuell betrifft. Sie macht uns daher, so paradox dies auch erscheinen mag, sogar mehr Angst als die Bedrohung aus den Zeiten des atomaren Gleichgewichts, auch wenn diese in ihren Konsequenzen noch viel schlimmer war. Denn damals handelte es sich um eine kollektive Gefahr. Die Blutbäder im Supermarkt in Helsinki und auf Bali schrecken dagegen sehr viel mehr in uns auf – besonders deshalb, weil wir den Feind nicht kennen. Und wir verstehen nicht, was ihn antreibt, zu töten und mit seinen Opfern zu sterben.

La Repubblica

Windbreaker „CDU“

100% Nylon, dunkelblau, Futterstoff dunkelblau: 65% Polyester, 35% Baumwolle.
Ausstattung: Vorder und Taschenreißverschluss, Bündchenregulierung durch Zugband,
mit Stopper und integrierter Kapuze.

Bestell-Nummer Größe L: **29840**
Bestell-Nummer Größe XL: **29841**
Bestell-Nummer Größe XXL: **29842**

Preis je **1 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: **32,48 €**



BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

Windbreaker „Smilie“

ACHTUNG RESTPOSTEN!

Größe S
Bestell-Nummer: **9459**

Größe M
Bestell-Nummer: **9460**

Preis je **1 Stück: 15,30 €**
inkl. MwSt.: 17,75 €



Schal, schwarz-rot-gold

Bestell-Nummer: **9362**
Preis je **1 Stück: 4,80 €**
inkl. MwSt.: 5,57 €



Papiertaschentücher

Bestell-Nummer: **9637**
Preis je **126 Stück: 23,00 €**
inkl. MwSt.: 26,68 €



Union Betriebsrat
Postfach 11
53348 Rheinbach
PVSt, Deutscher
Entgeltbezug

ABO 2600-5-42720 KV 1239 508
G 8398

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

**Jammert mir
nichts vor,
ich habe **CDU**
gewählt**

Hersteller: CDU-Bundesgeschäftsstelle, HR-Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn - 50108 Bestell-Nr. 9513

**Aufkleber „jammert mir nichts
vor, ich habe CDU gewählt.“**

Bestell-Nummer: **9513**
Preis je **100 Stück: 7,67 €**
inkl. MwSt.: **8,90 €**